

Politische Positionen des Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Grundsatz

Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. setzt sich ein für

- faire Asylverfahren
- Zugang zu Arbeits-, Bildungs-, Ausbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge menschenwürdigen Wohnraum außerhalb von Heimen und uneingeschränkte medizinische Versorgung
- ist gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus jeglicher Art

Die europäische Aufnahme-, Asyl- und Grenzpolitik:

Wir treten ein für

- ein Europa der Menschenrechte, des Flüchtlingsschutzes und der Solidarität
- eine humane Grenzpolitik, die sich am Völkerrecht orientiert
- gesicherte Fluchtkorridore und humanitäre Aufnahmeprogramme
- ein umfassend ausgestattetes europäisches Seenotrettungsprogramm
- Freizügigkeit innerhalb Europas

Wir wenden uns gegen

- die Abschottungspolitik der Europäischen Union, die Flüchtlinge an den Außengrenzen abwehrt
- die Kriminalisierung und Drangsalierung der ehrenamtlichen Organisationen zur Seenotrettung im Mittelmeer
- Abkommen mit autoritären Herrschern, Diktaturen und Milizen, die darauf abzielen, dass Schutzsuchende Europa gar nicht erst erreichen können
- Lager und Asylzentren zur Internierung von Flüchtlingen an oder gar vor den EU-Außengrenzen
- die Abwälzung der Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen an die Staaten an den EU-Außengrenzen (wie z.B. Italien und Griechenland)
- die derzeitige europäische Aufnahme-, Asyl- und Grenzpolitik
- das bestehende Dublin-System, das Geflüchteten ein Asylverfahren in Deutschland oft aus formalen Gründen verweigert

Aufnahme und Unterbringung in Deutschland:

Wir setzen uns ein für

- die schnellstmögliche Verteilung aller Geflüchteten von den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen
- Die Einrichtung von Wohnprojekten für vulnerable Gruppen und Geflüchtete mit besonderem Betreuungsbedarf: Unbegleitete Minderjährige, Alte, Kranke, Behinderte, allein reisende Frauen, LGBT-Menschen: Gewaltschutzprojekte, Frauenhäuser usw.
- transparente Mechanismen zur Kontrolle der Ausschreibungen, der Vergabe und des Betriebens von Einrichtungen

- eine Unterbringung in eigenen Wohnungen, weil nur sie Geflüchteten eine Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen
- die Schaffung unabhängiger niedrigschwelliger Beschwerdestellen, damit alle Akteur*innen auf Missstände und Fehlentwicklungen hinweisen können

Das Asylsystem in Deutschland:

Wir fordern:

- die Schaffung eines eigenen Integrationsministeriums, dem auch das BAMF unterstellt ist
- die Aufhebung der Trennung von Anhörer_in und Entscheider_in im Asylverfahren
- die Gewährleistung einer qualifizierten, unabhängigen und kostenlosen Asylverfahrensberatung an allen Orten und zu allen Phasen des Asylverfahrens
- faire Asylverfahren, bei denen Qualität Vorrang vor der Schnelligkeit der Entscheidung hat
- ein Bleiberecht für alle Geflüchteten, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden haben, inklusive „Spurwechsel“ in die Arbeitsmigration und Bleiberecht für Gewalt- und Diskriminierungsopfer.

Wir wenden uns gegen

- Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete
- die Isolation von Flüchtlingen in Abschiebezentren
- die Aufteilung von Menschen nach dem fragwürdigen Konstrukt der „Bleibeperspektive“
- eine einseitige Rückkehrberatung für Flüchtlinge
- Rückkehrberatung schon vor der Antragstellung
- das Mittel der Abschiebungshaft

Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten:

Wir fordern

- die Persönlichkeitsrechte von Flüchtlingen zu wahren. Das Grundgesetz gilt für alle Menschen.
- die Aussetzung des Rechts auf Familiennachzug bei subsidiär Geschützten zu widerrufen und eine zügige Visumerteilung durch die deutschen Auslandsvertretungen sicherzustellen
- bei minderjährigen Flüchtlingen den Nachzug der Eltern und der Geschwister zu gewährleisten
- die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die sozialrechtliche Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Herkunftsland und ihrem Aufenthaltsstatus
- auf Wohnsitzauflagen zu verzichten und eine freie Wohnortwahl zu ermöglichen
- allen Geflüchteten von Anfang an einen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen zu garantieren

Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt

Wir fordern

- einen freien, gleichberechtigten Zugang zur Ausbildungs- und Arbeitsförderung unabhängig vom Herkunftsland und Aufenthaltsstatus

- die Abschaffung des Beschäftigungsverbots und der Vorrangprüfung am Arbeitsmarkt
- erleichterte Anerkennungsverfahren vorhandener schulischer Abschlüsse und beruflicher Qualifikationen aus den Herkunftsländern und deren Finanzierung von Anfang an
- die Ermöglichung eines Schulbesuchs über die allgemeine Schulpflicht hinaus und das kostenlose Nachholen aller Schulabschlüsse auf dem zweiten Bildungsweg
- Qualifizierungsangebote zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten statt einer Vermittlung in Tätigkeiten unter dem mitgebrachten Niveau oder Potenzial
- die Entwicklung und Umsetzung spezifischer Konzepte zur Integration von Frauen in Ausbildung und Arbeit
- die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bei Antritt einer Ausbildung für die Dauer der Ausbildung
- die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für die Dauer des Arbeitsvertrages bzw. mit üblicher Befristung, sofern keine staatlichen Transferleistungen mehr bezogen werden.

Stand: 29. September 2017